

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

PROTOKOLL

der 27. Sitzung
Doppelsitzung

Datum: Montag, 5. Dezember 2005

Zeit: 18.00 bis 21.15 Uhr

Ort: Singsaal Lättenwiesen

Vorsitz: Ratspräsident Erich Suter

Protokoll: Ratssekretär André Willi

Anwesend: 32 Mitglieder

Abwesend: Stefan Fehr (krank)
André Zika (krank)
Hans-Jürg Hiltbrand (krank)
Anton Eichmann (berufliche Abwesenheit)

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 26. Sitzung vom 3. Oktober 2005
3. Information von Schulpräsident Hans Zolliker über die neue Schulraumplanung 2005
4. Vorstellung des Bauprojektes Kompetenzzentrum an der Giebeleichstrasse von Finanzvorstand Werner Brühlmann
5. Bewilligung eines Objektkredites im Betrag von brutto Fr. 1'770'000.-- für den Bau der verlängerten Aubruggstrasse
6. Bruttokredit von Fr. 2'185'000.-- für den Neubau eines Doppelkindergartens an der Mettlengasse
7. Revision der Bürgerrechtsverordnung
8. Ortsplanung - Teilrevision Bau- und Zonenordnung Teil IIb, Gebiet "Rohr / Platten" - Festsetzung
9. Ersatzwahl eines Delegierten der Zürcher Planungsgruppe Glattal
10. Genehmigung Voranschlag 2006 und Festsetzung des erforderlichen Steuersatzes

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

1. Mitteilungen

1.1 Personelles**B5.1.3**

Ratspräsident Erich Suter stellt die beiden Architekten Walter Gottschall, Planpartner AG, und Wim Eckert, Eckert Eckert Architekten AG, vor, welche den Rat über die Schulraumplanung 2005 beziehungsweise über das geplante Kompetenzzentrum informieren.

1.2 Eingegangene Post**B5.1.1**

- Protokoll der 28. und 29. Büro-Sitzung vom 24. Oktober 2005 und 21. November 2005
- Geschäftsliste per 22. November 2005
- SRB 2005-150 - Austrasse, Brücke über den Brühlbach, Projektgenehmigung / Kreditbewilligung
- Brief SR - Doppelkindergarten Mettlengasse
- Schulanlage Halden / Abdichtung der südlichen Kellerwand (aussen) - Kreditgenehmigung als gebundene Ausgabe

2. Protokoll der 26. Sitzung vom 3. Oktober 2005

Das Protokoll wird genehmigt und verdankt.

3. Information von Schulpräsident Hans Zolliker über die neue Schulraumplanung 2005**S1.13**

Schulpräsident Hans Zolliker spricht über die Schulraumplanung 2005 und stellt die Firma Planpartner AG vor, welche im Auftrag des Stadtrates die zu erwartenden Schülerzahlen ermittelt. Walter Gottschall, Firma Planpartner AG, präsentiert die erarbeitete Studie. In den bestehenden Ortsteilen dienten die letzten sechs Jahre als Referenzgrösse, aus der sich ein jährlicher Zuwachs der Schülerzahlen von 1.8 Prozent pro Jahr ableiten lässt. Für den neuen Ortsteil Glattpark ging das Büro Planpartner AG aufgrund von Vergleichszahlen mit ähnlicher Siedlungsstruktur von 0.45 Kindern pro Neubauwohnung aus. Aufgrund dieser Berechnungsgrundlage dürfte sich die Zahl der Schüler von heute 1'262 bis ins Jahr 2012 auf 1'772 erhöhen. Aus diesem Zuwachs leitet die Planpartner AG einen Bedarf von drei zusätzlichen Kindergartenlokalen in den nächsten drei Jahren sowie drei weiteren bis ins Jahr 2012 ab. Dazu werden 9 bis 12 Klassenräume in der Schulanlage Lättenwiesen sowie einige Gruppenräume an der Oberstufe nötig.

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

Für jeden Schulraum wurde ausgerechnet, was Norm ist und was gebraucht wird. Trotzdem könne man nur einen theoretischen Wert an Schulraumbedarf ausrechnen. Man kann damit rechnen, dass die Entwicklung so weiter geht, meint Walter Gottschall.

Detaillierte Angaben zur Schulraumplanung 2005 können der Studie der Planpartner AG in der Aktenaufgabe des Gemeinderates entnommen werden.

4. Vorstellung des Bauprojektes Kompetenzzentrum an der Giebeleichstrasse von Finanzvorstand Werner Brühlmann **L2.2.6**

Finanz- und Liegenschaftenvorstand Werner Brühlmann spricht über das geplante Kompetenzzentrum an der Giebeleichstrasse. Es wird vier Funktionseinheiten beherbergen, die heute zum Teil in gemieteten Räumen untergebracht sind. Geplant sind ein Kindergarten, ein Hort, ein Mittagstisch sowie das Schulsekretariat und die sonderpädagogischen Dienste. Wim Eckert, Architekt der Eckert und Eckert Architekten AG, stellt das Projekt dem Rat vor. Er erklärt, die vom Gemeinderat gewünschte Aufstockung des Gebäudes biete sich nicht an, da die vier zusätzlichen Klassenräume, die in den oberen Stockwerken eingerichtet werden sollten, nicht wirtschaftlich sind. Die Kosten von Fr. 13.9 Mio. sind für dieses Projekt nicht zu teuer. Es liege zwar über dem kantonalen Durchschnitt für Schulbauten, aber der Fluglärmschutz erfordere in Opfikon besondere Aufwendungen. Dafür werde das Kompetenzzentrum dank Minergielabel im Unterhalt sehr günstig sein.

Beatrix Jud (SP) macht den Rat darauf aufmerksam, dass das Geschäft derzeit bei der Rechnungsprüfungskommission sei, welche dieses noch prüfen und mit den Verantwortlichen noch Gespräche führen wird.

Heinrich Eberhard (SVP) sagt, er habe das Projekt sehr genau studiert und ist der Meinung, dass dieses Projekt zweifellos architektonisch luxuriös ist. Dieses Kompetenzzentrum ist für einen Schulhausbau viel zu teuer, ausserdem ist ihm nicht klar, wieso sich der Stadtrat nicht an die Vorgaben des Gemeinderates halte. Das Gebäude sollte gemäss Angaben des Rates aus vier Stockwerken bestehen und eine weitere Forderung betreffend Skelettbau wurde auch ignoriert.

Erich Weidmann (GV) betont, dass der Vergleich des Kompetenzzentrums mit Schulhäusern nicht richtig sei, es wird ja kein Schulhaus gebaut. Der Architekt Wim Eckert meint, dass dieses Gebäude zu 75 % Prozent zu einem Schulhausbau gerechnet werden kann, vergleichbare Objekte gebe es keine.

Nach kurzer Diskussion und Fragestellung wird das Traktandum abgeschlossen. Weitere detaillierte Angaben zu diesem Geschäft können der Broschüre der Firma Eckert Eckert Architekten AG über das Kompetenzzentrum entnommen werden.

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

RPK-Präsident Paul Remund möchte vor der Behandlung der beiden nächsten Traktanden einige allgemeine Dinge über die Informationspolitik des Stadtrates sagen. Der Stadtrat greife zu seltsamen Massnahmen, um sich gegen absehbare Niederlagen im Gemeinderat zu wehren, erklärt Paul Remund. Der Stadtrat liefert Argumente nach, um die Gemeinderäte zu einem Umdenken zu bewegen. Die RPK schätze solche unkonventionellen Tricks des Stadtrates überhaupt nicht.

**5. Bewilligung eines Objektkredites im Betrag von brutto S4.3
Fr. 1'770'000.-- für den Bau der verlängerten Aubruggstrasse**

Als RPK-Sprecher äussert sich Albert Steffen (SVP) zum vorliegenden Geschäft. Die RPK habe das Geschäft vor etwa einem Jahr erhalten und in dieser Zeit einige Gespräche geführt. Er erklärt das die verlängerte Aubruggstrasse für die lokale Erschliessung des Quartiers Glattpark funktional nicht notwendig ist, da die Feinerschliessung direkt ab der Thurgauerstrasse erfolgt und keine Zufahrt ab der verlängerten Aubruggstrasse vorgesehen ist. Albert Steffen weist darauf hin, dass das Strassengesetz keine Interessensbeiträge von Gemeinden vorsieht und die rechtlichen Grundlagen für einen solchen Beitrag nicht vom Stadtrat geliefert werden konnten. Die RPK ist der Meinung, dass das Parkhaus Süd beitragsfrei an die verlängerte Aubruggstrasse angeschlossen werden kann. Ausserdem liefert die Stadt Opfikon dem Kanton Zürich und dem Finanzausgleich schon sehr viel Steuern und kann von Subventionen nicht profitieren. Ausserdem werden in der Stadt Opfikon gut funktionierende Kreisel abgebrochen und durch sehr teure Lichtsignalanlagen ersetzt, erklärt Albert Steffen.

Bauvorstand Walter Epli erwähnt, beim Projekt der verlängerten Aubruggstrasse kann von einem Gemeinschaftswerk ausgegangen werden, welches unterschiedliche Interessen von mehreren Beteiligten berücksichtigt. Der Bau der verlängerten Aubruggstrasse dient nicht nur den übergeordneten kantonalen und regionalen Interessen, sondern auch direkt den beiden Städten Opfikon und Zürich. Mit dem Bau der verlängerten Aubruggstrasse wird das südliche Gemeindegebiet mit den beiden Quartieren Glattpark und Talacker auf direktem Weg an die Autobahn Richtung Ost (Anschluss Neugut) angeschlossen. Durch diesen Anschluss wird das Zentrum von Glattbrugg massgebend vom Verkehr entlastet, da der Verkehr nicht mehr über den Autobahnanschluss Glattbrugg auf die Autobahn gelangen muss. Walter Epli erklärt, mit dem Bau der Strasse können verschiedene Provisorien entfallen und nebengeordnete Projekte vereinfacht werden. Der Stadtrat ist grundsätzlich der Meinung, dass diese Lösung der Stadt billiger kommt. Ausserdem könne in Interpretation von § 11 des Strassengesetzes von Gemeinden ein Interessensbeitrag eingefordert werden.

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

5. Bewilligung eines Objektkredites im Betrag von brutto Fr. 1'770'000.-- für den Bau der verlängerten Aubruggstrasse S4.3
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 19. Oktober 2004 und der Rechnungsprüfungskommission vom 28. September 2005 und auf Art. 35, Abs. 1 Ziff. 4, der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Für die Beteiligung der Stadt Opfikon am Bau der verlängerten Aubruggstrasse (Kantonsstrasse) wird der Objektkredit von brutto Fr. 1'770'000.-- inkl. MwSt. abgelehnt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Bauvorstand
 - Bauamt
 - Finanzabteilung
 - Leiter Bauamt

Für richtigen Auszug.
Der Ratssekretär:

A. Willi

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

6. Bruttokredit von Fr. 2'185'000.-- für den Neubau eines Doppelkindergartens an der Mettlengasse**L2.2.6**

Als Sprecher der RPK äussert sich Albert Steffen (SVP). Die RPK hat an mehreren Sitzungen und unter Einbezug der Fraktionsmeinungen dieses Geschäft geprüft und im vorliegenden Projekt positive und negative Aspekte gegeneinander abgewogen. Dabei konnte die Kommission einzig die Tatsache, dass man auf eigenem Boden bauen kann, als positiv konstatieren. Die RPK ist auch der Meinung, dass gemäss vorliegenden Zahlen Schulraum für Kindergartenkinder geschaffen werden muss. Aber nicht mit diesem Projekt. Albert Steffen erklärt, dass das vorliegende Bauprojekt gegen die Bau- und Zonenordnung verstösst und die Baukosten so hoch sind, weil man nicht auf festem Baugrund baue. Auch wenn die Zunahme der Kindergartenkinder weiterhin anhalten sollte, kann davon ausgegangen werden, dass diese zusätzlichen Kinder nicht im näheren Einzugsgebiet der Mettlengasse wohnen werden. Das Ziel der Schule, den Kindern einen möglichst kurzen und sicheren Schulweg zu bieten, wird mit diesem geplanten Standort nicht erfüllt.

Finanzvorstand Werner Brühlmann betont, dass der Stadtrat an der Erforderlichkeit und Machbarkeit des Projektes festhält. Der geplante Doppelkindergarten Mettlengasse liegt am Rande des Ortskerns von Opfikon. Der Standort bietet Kindern eine geschützte Atmosphäre abseits des Verkehrs und auch das Einzugsgebiet ist gegeben. Der Verstoß gegen die Bau- und Zonenordnung betreffend Kernzone ist klein, betont Werner Brühlmann. Alle vorgestellten Projekte haben gegen die Kernzonenregelung verstossen. Die Bodenzusammensetzung stellt einen schwierigen Baugrund dar, daher sei eine Pfahlfundation des Neubaus erforderlich. Die Objektbaukommission hat weitere Varianten studiert, diese wären aber alle teurer geworden. Stadtrat Werner Brühlmann erklärt, dass die entstandenen Kosten des Wettbewerbes abgeschrieben werden müssen, falls es zu einer Ablehnung des Geschäftes kommt. Der Stadtrat hat auf eine umfassende Projektierung verzichtet, hält aber nach wie vor an dem Projekt fest.

Stadtrat Werner Brühlmann äussert sich zur Kritik des RPK-Präsidenten Paul Remund über die Informationspolitik des Stadtrates. Es hat Gespräche mit der RPK gegeben, welche aber unter Zeitdruck und oberflächlich geführt worden sind. Mit dem erwähnten Brief wollte der Stadtrat nochmals Informationen dem Gemeinderat zukommen lassen. Dies wurde aber vom Büro des Gemeinderates abgelehnt, erklärt Werner Brühlmann.

Schulpräsident Hans Zolliker erklärt dem Rat, der Bedarf an mehr Raum bestehe genau dort, weil das Provisorium an der Dorfstrasse zu klein geworden ist. Zudem werde ein Kindergarten meistens in der Nähe einer Primarschulanlage angesiedelt. Mit der Einführung der geleiteten Schulen beziehungsweise der neuen Grundstufe wird diese unmittelbare Nachbarschaft noch wichtiger.

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

6. Bruttokredit von Fr. 2'185'000.-- für den Neubau eines Doppelkindergartens an der Mettlengasse

L2.2.6

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 3. Mai 2005 und der Rechnungsprüfungskommission vom 28. September 2005 und auf Art. 35, Abs. 1 Ziff. 4, der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Das Vorprojekt für den Neubau eines Doppelkindergartens an der Mettlengasse und der entsprechende Kostenvoranschlag sowie der erforderliche Bruttokredit von Fr. 2'185'000.-- inkl. MwSt. werden abgelehnt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Corinna Menn, Dipl. Architektin ETH/SIA, Müllerstr. 34, 8004 Zürich
 - Muri & Partner, Marcel Muri, Sihlstrasse 59, 8001 Zürich
 - Sandra Stadelmann, Grätzlistrasse 60, 8152 Opfikon
 - Finanzvorstand
 - Schulpräsident
 - Schulsekretariat
 - Finanzabteilung
 - Liegenschaftenverwaltung

Für richtigen Auszug.
Der Ratssekretär:

A. Willi

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

7. Revision der Bürgerrechtsverordnung**B4.A**

Claudia Arnesson, Sprecherin der GPK, spricht über die wichtigsten Änderungen welche die Revision der Bürgerrechtsverordnung mit sich bringt. Bewerber ohne Anspruch auf Einbürgerung müssen einen Kompetenznachweis in Bezug auf Deutschkenntnisse und staatsbürgerliches Wissen vorweisen, bevor sie zu einem Einbürgerungsgespräch mit Stadtratsvertretern zugelassen werden. Die Kosten für allfällige Vorbereitungskurse auf den Test hin müssen von den Gesuchstellern selber getragen werden. Die Kosten für den Test müssen in der Einbürgerungsgebühr enthalten sein. Neu sollen jugendliche Ausländer bereits ab 14 (bisher 16) Jahren eingebürgert werden, sofern sie die Voraussetzungen erfüllen und mindestens 5 Jahre Volksschulbesuch in der Schweiz nachweisen können. Sie sollen damit bessere Chancen bei der Lehrstellensuche bekommen. Die Aufnahme von Schweizern ins Gemeindebürgerrecht und die Entlassung daraus ist gebührenfrei.

Claudia Arnesson erklärt, die GPK begrüsse die Einführung des Kompetenznachweises sehr. In Bezug auf diejenigen ohne Anspruch auf Einbürgerung appelliert die GPK an den Stadtrat, den effektive Aufwand der Kosten genau zu erfassen und den Stundenansatz für die erbrachten Leistungen marktkonform anzusetzen.

Stadtpräsident Walter Fehr dankt der Geschäftsprüfungskommission für die prompte Erledigung des Geschäftes. Mit Beschluss vom 4. Oktober 2005 hat der Stadtrat die revidierte Bürgerrechtsverordnung zu Händen des Gemeinderates verabschiedet. Diese Fassung wurde dem Kanton zur Stellungnahme zugestellt. Das Gemeindeamt des Kantons Zürich, Abteilung Einbürgerungen, hat einige redaktionelle Änderungen angebracht, welche dem Gemeinderat mit Beschluss des Stadtrates vom 29. November 2005 zugesandt worden sind. Ausserdem beinhaltet der Beschluss des Stadtrates folgende Änderungswünsche der SVP-Fraktion:

1. Die Gebühren für Einbürgerungen bei nicht Anspruchsberechtigten müssen die Vollkosten für sämtliche Leistungen decken.
2. Es wird gewünscht, dass auch für kurzfristig abgesagte Termine, die nicht anderweitig vergeben werden können, ein Zuschlag von Fr. 300.-- verrechnet werden soll.

Stadtpräsident Walter Fehr beantragt folgende Änderungen im bisherigen Antrag an den Gemeinderat:

1. Die vom Gemeindeamt des Kantons Zürich, Abteilung Einbürgerungen, am 21. November 2005 gemachten vorwiegend redaktionellen Änderungsvorschläge werden gemäss den Erwägungen zur Kenntnis genommen. Dem Gemeinderat wird beantragt, den vorgeschlagenen Änderungen ebenfalls zuzustimmen.

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

7. Revision der Bürgerrechtsverordnung

B4.A

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 4. Oktober 2005 und der Geschäftsprüfungskommission vom 12. November 2005 sowie in Übereinkunft mit dem bürgerlichen Stadtrat -

BESCHLIESST:

1. Die vorliegende neue Bürgerrechtsverordnung mit den neuen redaktionellen Änderungen wird genehmigt und auf den 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt.
2. Die Geschäftsordnung des bürgerlichen Gemeinderates vom 4. März 2005 sowie die Richtlinien für die Einbürgerung / Aufnahmekriterien vom 4. März 2002 werden ersatzlos aufgehoben.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Stadtkanzlei (für Bereinigung der Gesetzessammlung)
 - Sekretariat Einbürgerungen

Für richtigen Auszug.
Der Ratssekretär:

A. Willi

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

8. Ortsplanung - Teilrevision Bau- und Zonenordnung
Teil IIb, Gebiet "Rohr / Platten" - Festsetzung

B1.6.2 / B1.6.4

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 20. September 2005 und der Spezialkommission Planung vom 18. November 2005 sowie in Anwendung von Art. 34, Abs. 1, Ziff. 2 lit. b, der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Die Teilrevision der Ortsplanung Teil IIb "Rohr / Platten", bestehend aus den revidierten Bauvorschriften, dem Bericht zu den nicht berücksichtigten Einwendungen sowie dem Planungsbericht vom Juli 2005 wird festgesetzt.
2. Sofern sich als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im Genehmigungsverfahren Änderungen an der Vorlage als notwendig erweisen, wird der Stadtrat ermächtigt, diese in eigener Zuständigkeit vorzunehmen. Diese Beschlüsse sind öffentlich bekannt zu machen.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Planpartner AG, Hofstrasse 1, Postfach, 8030 Zürich
 - RA Norbert Mattenberger, Postfach, 8033 Zürich
 - Finanzabteilung
 - Leiter Bauamt
 - Bausekretär
 - Bauamt

Für richtigen Auszug.
Der Ratssekretär:

A. Willi

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

9. Ersatzwahl eines Delegierten der Zürcher Planungsgruppe Glattal

B5.1.3

Die IFK-Präsidentin Pia Bättig schlägt - als Ersatz für Hans Zolliker - für die Wahl des Delegierten der Zürcher Planungsgruppe Glattal vor:

- Werner Stalder (EVP)

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

DER GEMEINDERAT BESCHLIESST:

1. Als Ersatz für Hans Zolliker des Delegierten der Zürcher Planungsgruppe wird gewählt
 - Werner Stalder (EVP), Rietgrabenstrasse 47
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - den Gewählten
 - Zürcher Planungsgruppe Glattal
 - Stadtrat
 - Bauamt
 - Stadtkanzlei

Für richtigen Auszug.
Der Ratssekretär:

A. Willi

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

Von 19.30 Uhr bis 20.00 Uhr findet eine Pause statt, in welcher der Rat durch das Bad-Restaurant verpflegt wird.

10. Voranschlag 2006 und Festsetzung des erforderlichen Steuersatzes

F4.6.7

EINTRETENSDEBATTE

RPK-Präsident Paul Remund erläutert den vom Stadtrat eingereichten Voranschlag 2006. Der provisorische Voranschlag hat der Stadtrat am 4. Oktober 2005 verabschiedet, welcher bei einem unveränderten Steuerfuss von 88% einen Aufwand-Überschuss von Fr. 4.7 Mio. ausweist. In diesem Ergebnis sind zusätzliche Abschreibungen von Fr. 8.1 Mio. inbegriffen. Das bedeutet, dass ohne die zusätzlichen Abschreibungen ein Ertrags-Überschuss von Fr. 3.4 Mio. resultiert hätte. Zusätzliche oder "freiwillige" Abschreibungen sind sicher wieder berechtigt. Es müssen aber nicht jedes Jahr automatisch Fr. 8 Mio. sein, erklärt Paul Remund. Mit nur rund Fr. 4.1 Mio., also Fr. 4 Mio. weniger, könnte nämlich ein ausgeglichenes Budget präsentiert werden. Die künstliche Eigenkapitalvernichtung muss nicht immer im selben Umfang weitergehen. Es ist zwar eine Tatsache, dass die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen im Jahr 2006 mit rekordverdächtigen Fr. 31.9 Mio. veranschlagt werden. Sie werden aber in den Folgejahren mit Sicherheit abnehmen. Im Finanzplan 2005 - 2009 sind für die drei Jahre 2007 - 2009 zusammen ziemlich genau gleich viel Investitionen geplant wie im Jahr 2006.

Der Stadtrat hat erfreulicherweise entschieden, auf eine erneute Steuerfuss-Erhöhung zu verzichten, erklärt Paul Remund. Es soll also wieder eine Gemeindesteuer von gleichbleibenden 88% von der einfachen Staatssteuer von Fr. 43.75 Mio. erhoben werden. Ein vernünftiger Entscheid, so Paul Remund, zumal auch die Budget-Hochrechnung 2005 einmal mehr bestätigt, dass die Rechnung fast jedes Jahr (zum Teil massiv) besser abschliesst als budgetiert. Konkret heisst das, für das laufende Jahr 2005 dürfte das Resultat um ca. Fr. 3.4 Mio. besser ausfallen, als budgetiert. Der Steuerkraftausgleich, also die Ablieferungen in den Finanzausgleich, beträgt Fr. 16.2 Mio., das sind 37% der einfachen Staatssteuer von Fr. 43.8 Mio. Das ist gegenüber dem Voranschlag 2005 schon wieder ein starker Anstieg. Rund 80% der über dem kantonalen Mittel liegenden relativen Steuerkraft muss infolge von besseren Ergebnissen der juristischen Personen dem Kanton in den Finanzausgleich abgeliefert werden.

Der Sachaufwand steigt gegenüber der Rechnung 2004 um Fr. 1.2 Mio. oder 8.6% auf Fr. 15.2 Mio., der Personalaufwand um Fr. 1.4 Mio. oder 6% auf Fr. 24.9 Mio. Der Anstieg beim Personalaufwand fällt gegenüber früheren Jahren erfreulicherweise geringer aus. Gegenüber dem Voranschlag 2005 steigt dieser nur gerade um Fr. 0.3 Mio. oder 1.2% an.

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

Der Gesamtaufwand steigt hingegen leider kontinuierlich weiter an und beträgt neu Fr. 114.5 Mio. An der Spitze steht die Schule mit einem Nettoaufwand von Fr. 19 Mio. An dieser Stelle möchte Paul Remund aber wie schon im Vorjahr positiv erwähnen, dass die Zunahme beim Aufwand der Schule gegenüber dem Vorjahres-Budget mit nur gerade 1% bescheiden ausfällt.

Anders bei der Sozialabteilung. Da steigt der Nettoaufwand wieder um gut 10% auf Fr. 11 Mio. Damit liegt die Sozialabteilung an zweiter Stelle. Und es scheint leider in diesem Stil weiterzugehen, betont Paul Remund.

Gesamthaft muss wie schon im Vorjahr festgestellt werden, dass sich die Finanzlage unserer Stadt kurzfristig, das heisst sicher im nächsten Jahr, nochmals verschlechtern wird. Der Höhepunkt an Investitionen ins Verwaltungsvermögen wird aber nach 2006 überschritten sein. Ausserdem bleibt zu hoffen, dass im nächsten Jahr der eine oder andere mehrfach verschleppte Landverkauf endlich über die Bühne gehen kann und der prognostizierte Wirtschaftsaufschwung tatsächlich nachhaltig einsetzen wird.

Bei den vorgesehenen Investitionen ins Verwaltungsvermögen in der Höhe von Fr. 31.9 Mio. erwähnt Paul Remund folgende Vorhaben speziell: Beim Bauamt Fr. 5 Mio. für die dritte und letzte Tranche der Kostenbeteiligung an der N11-Überdeckung und Fr. 3.5 Mio. an die Mehrkosten von total Fr. 6.5 Mio. für Park und See im Glattpark. Bei der Liegenschaftenverwaltung stechen folgende zwei Posten bei den Schulliegenschaften besonders hervor. Fr. 3.2 Mio. für $\frac{1}{4}$ vom neuen Kompetenzzentrum. Die restlichen $\frac{3}{4}$ werden im Folgejahr zu Buche schlagen. Ausserdem Fr. 2 Mio. für den heute Abend abgelehnten Doppelkindergarten Mettlengasse. Das heisst aber nicht, dass die Fr. 2 Mio. nicht ausgegeben werden. Ein zusätzlicher Kindergarten wird ja bekanntlich benötigt. Ob ein neues Projekt aber wirklich schon im Jahr 2006 realisiert werden kann, scheint doch eher fraglich. Einen letzten grossen Brocken an Investitionen findet man bei der Finanzabteilung: Es handelt sich um das an der Urne bewilligte Darlehen zur Vorfinanzierung der Grundeigentümerbeiträge für die 2. und 3. Etappe im Glattpark. Zum Glück verfügen wir mit unserem noch immer relativ hohen Eigenkapital über eine nach wie vor gesunde Finanzlage, welche es uns erlaubt, diese grossen Investitionen mit Respekt aber auch Zuversicht anzupacken, erklärt Paul Remund. Die geplanten Landverkäufe haben sich wie bereits erwähnt nochmals verzögert und haben bis heute nicht vollzogen werden können.

Bei der Laufenden Rechnung haben der Stadtrat und die Verwaltung unter der Federführung vom Finanzvorstand Werner Brühlmann ihre Hausaufgaben wie schon im Vorjahr sehr gut gemacht. Lobend kann erneut festgestellt werden, dass wirklich eingespart worden ist. Diese Sparbemühungen müssen weiterhin strikt verfolgt werden. Aufgrund dieser positiven Beurteilung der stadträtlichen Budgetierung, fallen die Kürzungsanträge der RPK noch geringer aus als im Vorjahr. Auch bei der Investitionsrechnung stehen ein paar Kürzungsanträge an. Diese werden sich natürlich nicht 1:1 bemerkbar machen. Sie sollen aber aufzeigen, dass nicht alle Wünsche verwirklicht werden müssen (und zwar auch im 2. Anlauf nicht, wie die Beispiele vom Talacker-Kreisel und der Dachkonstruktion über die Schaffhauserstrasse zeigen).

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

Andere Projekte sollen allenfalls auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden, wenn wieder mehr Geld zur Verfügung stehen wird. Der Stadtrat soll weiterhin mit dem von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern anvertrauten Geld äusserst haushälterisch umgehen. Sämtliche Kürzungsanträge, sowohl bei der Laufenden Rechnung, als auch bei der Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen sind dem Stadtrat angekündigt worden. Bei einigen davon hat die Exekutive sogar ihre Zustimmung gegeben

Zusammenfassend kann die RPK folgendes feststellen:

- dass der Voranschlag 2006 einen Fehlbetrag von Fr. 4.7 Mio. ausweist;
- dass der Steuerfuss gemäss Antrag des Stadtrates weiterhin auf 88% festgesetzt bleiben soll;
- dass für die nächsten vier Jahre noch immer sehr hohe Investitionen anfallen werden, dass aber nach 2006 der Zenit überschritten sein wird;
- und dass der Steuerkraft-Ausgleich erneut stark angestiegen ist, nämlich von Fr. 13.4 Mio. im Voranschlag 2005 auf Fr. 16.2 Mio. im Voranschlag 2006.

Die wichtigsten Zahlen sind im Voranschlag und im Abschied der Rechnungsprüfungskommission wiedergegeben. Die detaillierte Stellungnahme der RPK ist Bestandteil des Abschiedes.

Die RPK ist einstimmig der Meinung, dass die finanziellen Mittel weiterhin sehr haushälterisch eingesetzt werden müssen. Der Stadtrat hat das bei diesem Voranschlag wieder zu einem beachtlichen Teil in die Tat umgesetzt. Deshalb fallen die Kürzungsanträge der RPK noch geringer aus als im Vorjahr. Bei der Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen werden sechs Änderungen mit einer Reduktion von ca. Fr. 4.4 Mio. beantragt.

Bei der Investitionsrechnung im Finanzvermögen werden überhaupt keine Änderungen beantragt und bei der Laufenden Rechnung beträgt die Einsparung bei Genehmigung aller zehn Anträge Fr. 4.2 Mio. Diese in den Fraktionen bereits abgestützten und zum Teil auch vom Stadtrat gutgeheissenen Anträge sollen mithelfen, ein ausgeglichenes Budget für 2006 präsentieren zu können.

Darum beantragt die RPK:

- die **Investitionen im Verwaltungsvermögen** um Fr. 4.4 Mio. zu kürzen;
- bei den **Investitionen im Finanzvermögen** gar nichts zu kürzen;
- den Aufwand in der **Laufenden Rechnung** um Fr. 4.2 Mio. zu kürzen.

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

Die RPK hat erfreut aus dem Kurzbericht des Finanzvorstandes Kenntnis genommen, dass der Rechnungsabschluss 2005 voraussichtlich um ca. Fr. 3.4 Mio. besser als budgetiert abschliessen wird. Die Verbesserung dank markant höheren Steuererträgen wird leider durch folgende Ereignisse wieder kompensiert: Tiefere Buchgewinne von Fr. 1.1 Mio., um Fr. 10.3 Mio. höhere Zahlungen in den Finanzausgleich sowie Mehraufwendungen von Fr. 0.9 Mio. bei der Sozialabteilung und Fr. 0.5 Mio. bei der Schule. Aber dennoch gilt es erfreut zur Kenntnis zu nehmen, dass für 2005 anstatt einem Aufwandüberschuss von Fr. 3.6 Mio., nur Fr. 0.2 Mio. ausgewiesen werden kann; also beinahe ein ausgeglichenes Budget, erklärt Paul Remund.

Zum Schluss bedankt sich der Kommissionspräsident im Namen der RPK bei allen, welche an der Erstellung und Vorberatung des Voranschlages mitgewirkt haben. Dass auch diesmal kein ausgeglichenes Budget präsentiert werden konnte, habe niemanden überrascht. Der Stadtrat möchte den Steuerfuss auf den bisherigen 88% belassen und er hält auch an den zusätzlichen Abschreibungen von Fr. 8.1 Mio. fest. Die RPK freut sich über den stabilen Steuerfuss. Auch gegen zusätzliche Abschreibungen ist im Prinzip nichts einzuwenden. Die RPK möchte aber wie bereits eingangs erwähnt, diese freiwilligen Abschreibungen um Fr. 4 Mio., von Fr. 8.06 Mio. auf Fr. 4.06 Mio. reduzieren und damit ein ausgeglichenes Budget erreichen, wodurch auch die konstante, künstliche Eigenkapital-Vernichtung einmal gebrochen werden soll. Paul Remund erwähnt, dass diese Kürzung kein Präjudiz für Folgejahre sein soll. Im Bedarfsfall sollen auch in Zukunft wieder höhere zusätzliche Abschreibungen getätigt werden können.

Die RPK erwartet natürlich, dass die Exekutive und auch die Verwaltung wiederum alles daran setzen werden, den laufenden Aufwand möglichst gering zu halten. Im Namen der RPK beantragt Paul Remund, auf den Voranschlag 2006 einzutreten.

Finanzvorstand Werner Brühlmann bedankt sich bei der Rechnungsprüfungskommission und erwähnt die wesentlichsten Punkte des Budgets 2006. Er betont das enorme Investitionsvolumen und dass die Stadt vor allem in den Bereichen Bildung und Sozialwesen grosse Summen ausgeben muss sowie für den Finanzausgleich. Er erklärt, dass der Stadtrat für 2006 keine Steuerfusserhöhung vorsieht. Trotzdem wird eine Erhöhung ab 2007 nötig sein, damit sich die Stadt mittelfristig nicht überschuldet. Es müsse weiterhin Fremdkapital aufgenommen werden, womit sich die Stadt einem grossen Zinsrisiko aussetzt. Werner Brühlmann ist für Eintreten.

Die Fraktionssprecher Leo Wehrli (SVP) und Otto Peyer (FDP) sind für Eintreten, folgende Meinungen wurden abgegeben:

Von Sparwille ist nichts zu sehen, auch dieses Budget habe viel "Fleisch am Knochen". Die Kosten der Schule seien gewaltig und die Ausgaben im Bereich Sozialabteilung steigen und steigen.

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

Leo Wehrli fragt sich, ob die Stadt Opfikon vielleicht zu grosszügig oder zu attraktiv ist für Sozialhilfeempfänger. Der Sparwille müsse effizienter gezeigt werden und das auf allen Ebenen (SVP);

Die FDP-Fraktion nimmt mit Freude zur Kenntnis das der Stadtrat keine Steuerfuss-Erhöhung vorsieht. Sie hofft auf eine Verbesserung der Wirtschaftslage und dass die grossen Investitionen ein Ende finden (FDP).

Heinrich Eberhard (SVP) erläutert dem Rat, dass im Kurzbericht zum Budget die Arbeitsgruppe Interpellation Eberhard mit folgender Bemerkung zitiert wurde:

Die Arbeitsgruppe Interpellation Eberhard hat gezeigt, dass in relevanten Aufwandpositionen wenig Sparpotential vorhanden ist und dieses, wenn überhaupt, höchstens mittel- bis langfristig umsetzbar ist.

Heinrich Eberhard will zu Handen des Protokolls festhalten, dass die Feststellung wie sie hier steht, nie so von ihm geäussert wurde und er auch nicht dazu stehen würde.

Vielmehr hat die Arbeitsgruppe in verschiedenen Zusammensetzungen sehr interessante und informative Gespräche geführt. Die Ziele können die Ratsmitglieder dem Schlussbericht, welcher in der Aktenaufgabe war, entnehmen, erklärt Heinrich Eberhard.

Weiter spricht Heinrich Eberhard über die Arbeitsgruppe und die Probleme die besprochen wurden und gelöst werden müssen.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen

Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen (Seiten 86 - 97)

Die RPK stellt fest, dass der Stadtrat im Finanzplan 2005 - 2009 die extrem hohe Summe von Fr. 79 Mio. an Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen vorsieht. Auch wenn dank der wieder erfreulicheren Wirtschaftslage markant höhere Steuererträge in die Kasse fliessen werden, darf sich die Stadt Opfikon nicht einfach alles leisten, was wünschenswert wäre. Gerade weil diverse Projekte bereits bewilligt sind und in den nächsten Jahren realisiert werden, muss bei Neuinvestitionen weiterhin vorsichtig entschieden werden. Die RPK beantragt für 2006 daher Kürzungen bei der Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen im Totalbetrag von Fr. 1.568 Mio.

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

61 Liegenschaften-Verwaltung

- 610.5030.143 Doppelkindergarten Mettlengasse - Fr. 2'000'000.--
Durch die Ablehnung dieses Geschäftes durch den Gemeinderat am 5. Dezember 2005 kann der gesamte Betrag aus dem Voranschlag gestrichen werden. Der Stadtrat ist mit dem Antrag der RPK einverstanden.
- 610.5030.158 Neues Kindergartenprojekt + Fr. 120'000.--
Finanzvorstand Werner Brühlmann beantragt beim Rat einen Projektierungskredit für ein neues Kindergartenprojekt. Der Rat stimmt diesem Projektierungskredit mit 29:2 Stimmen und einer Enthaltung zu.
- 610.5030.156 KiGa Dorfstrasse. 10, N. Wärmeeerz. - Fr. 170'000.--
Kann gestrichen werden, da diese Kosten nur zum Tragen gekommen wären, wenn der Doppelkindergarten Mettlengasse bewilligt worden wäre. Der Stadtrat ist mit dem Antrag der RPK einverstanden.

65 Finanzabteilung

Kein Kommentar, keine Wortmeldungen.

In der Zwischenabstimmung wird der Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen mit 32:0 Stimmen zugestimmt.

Investitionsrechnung im Finanzvermögen (Seite 98 - 102)

Paul Remund erklärt, die Investitionsrechnung im Finanzvermögen weist einen Einnahmenüberschuss von Total Fr 5.8 Mio. für das Jahr 2006 aus. Der Einnahmenüberschuss von Fr. 12.7 Mio. bei der Finanzabteilung kommt daher, dass diversen Investitionsausgaben Einnahmen von insgesamt Fr. 17.4 Mio. gegenüberstehen. Der Verkauf von drei nicht überbauten Liegenschaften (Oberhausen, Restfläche Fallwiesen und Böschenwiesen) soll Fr. 17.1 Mio. einbringen. Davon sollen dann die Buchgewinne von Fr. 1.8 Mio. auf das Konto 6535.4240 der Laufenden Rechnung übertragen werden.

Die RPK hat keine Änderungsanträge bei der Investitionsrechnung ins Finanzvermögen. Es gibt keine weiteren Kommentare oder Wortmeldungen.

In der Zwischenabstimmung wird der Investitionsrechnung im Finanzvermögen mit 32:0 Stimmen zugestimmt.

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

Laufende Rechnung (Seiten 1 - 85)

Die RPK stellt fest, dass es dem Stadtrat auch diesmal nicht gelungen ist, ein ausgeglichenes Budget bei einem gleichbleibendem Steuerfuss von 88% zu präsentieren, erklärt Paul Remund. Der Aufwand steigt weiter kontinuierlich an. Beim Ertrag darf erfreulicherweise wieder mit deutlich höheren Steuereinnahmen gerechnet werden. Der Investitionsbedarf im Verwaltungsvermögen bleibt gemäss Finanzplan 2007 - 2009 mit Fr. 32.1 Mio. relativ hoch, nimmt aber tendenziell deutlich ab. Nach 2006 wird der Zenit bei den Investitionen glücklicherweise überschritten sein. Dennoch werden sich die geplanten Vorhaben natürlich weiterhin negativ auf die Finanzlage der Stadt Opfikon auswirken. Vor diesem Hintergrund stehe die eindringliche Forderung der RPK an den Stadtrat und die Verwaltung, mit den Sparanstrengungen keineswegs locker zu lassen. Es muss alles daran gesetzt werden, beim Aufwand weiter zu sparen, um einen möglichst hohen Cashflow erwirtschaften zu können, damit die zahlreichen noch anstehenden Investitionsvorhaben möglichst selber finanziert werden können. Die RPK ist mit der geleisteten Arbeit des Stadtrates und der Verwaltung mehrheitlich zufrieden.

Die RPK beantragt daher nur zehn Änderungen mit einem Kürzungspotenzial von total Fr. 4.2 Mio., zu denen der Stadtrat zur Hälfte sein Einverständnis gegeben hat.

10 Legislative und Exekutive

Kein Kommentar, keine Wortmeldungen.

15 Präsidialabteilung

1540.3180 Dienstl. Dritter, neue Weihnachtsbeleucht. - Fr. 100'000.--
Der Antrag der RPK wird einstimmig (32:0) angenommen.

20 Bauamt

2070.3180 Dienstl. Dritter Umgebungsgestaltung extern - Fr. 10'000.--
Der Antrag der RPK wird mit 30:2 Stimmen angenommen.

30 Bevölkerungsdienste

3215.3140 Unterhalt Liegenschaften VV - Fr. 10'000.--
Der Stadtrat ist mit dem Antrag der RPK einverstanden.

3440.3090 Allgemeiner Personalaufwand - Fr. 10'000.--
Der Stadtrat ist mit dem Antrag der RPK einverstanden.

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

Stadtpräsident Walter Fehr erklärt dem Rat die Wichtigkeit des Zivilen Gemeindeführungsstabes. Dass zum Beispiel bei einem mehrtägigen Stromausfall der ZGF die betroffenen Personen betreuen müsste und Notinstallationen einrichten müsste. Dem Stadtrat ist es ein Anliegen die Arbeit und Organisation des Zivilen Gemeindeführungsstabes über eine Analyse der Care Link zu prüfen.

3450.3180 Dienstl. Dritter, Zusamm.arb.vertr. CareLink - Fr. 12'000.--
Der Antrag der RPK wird mit 21:11 Stimmen
angenommen.

3450.3180 Beitrag an Verkehrsverbund - Fr. 29'100.--
Der Stadtrat ist mit dem Antrag der RPK ein-
verstanden.

35 Gesundheit und Umwelt

3590.3001 Tag- und Sitzungsgelder - Fr. 12'000.--
Der Stadtrat ist mit dem Antrag der RPK ein-
verstanden.

45 Sozialabteilung

Kein Kommentar, keine Wortmeldungen.

50 Schule

5015.3171 Auslagen Schulreisen + Lager, 2x budgetiert - Fr. 4'000.--
Der Stadtrat ist mit dem Antrag der RPK ein-
verstanden.

5015.3186 Anlässe, Empfänge - Fr. 3'700.--
Der Antrag der RPK wird mit 19:13 Stimmen
angenommen.

55 Übrige Behörden und Amtsstellen

Kein Kommentar, keine Wortmeldungen.

60 Finanzabteilung - Steueramt

6550.3320 Zusätzliche Abschreibungen VV - Fr. 4'000'000.--
Der Antrag der RPK wird mit 27:4 und einer
Enthaltung angenommen.

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

Bruno Maurer (SVP) möchte vom Stadtrat betreffend Finanzausgleich wissen, was die Gemeinde machen kann, um diese Abgaben zu senken. Stadtrat Werner Brühlmann erklärt, solange im Kanton Zürich die Gemeinden, die vom Finanzausgleich profitieren immer noch zahlreicher sind als jene, die hinzuzahlen, können auch keine grosse Veränderungen mit der bevorstehenden Gesetzesrevision erwartet werden.

61 Finanzabteilung - Liegenschaften

Kein Kommentar, keine Wortmeldungen.

65 Finanzabteilung - Verwaltung

In der Zwischenabstimmung wird der "Laufenden Rechnung" mit 32:0 zugestimmt.

..

SCHLUSSANTRAG UND FESTSETZUNG DES ERFORDERLICHEN STEUERFUSSES

Die RPK unterstützt den Antrag des Stadtrates, den Steuerfuss für das Jahr 2006 auf den gleichen 88% zu belassen. Vor dem Hintergrund der bescheidenen Einsparungen durch die RPK-Kürzungs- bzw. Streichungsanträge und den immer noch sehr hohen Investitionen, drängt sich momentan weder eine Reduktion, noch eine Erhöhung des Steuerfusses auf.

Paul Remund sagt, eine alte Regel lautet, dass der Steuerfuss möglichst konstant gehalten werden soll. Die RPK ist sehr erfreut, dass diese Ansicht auch beim Stadtrat vorherrscht. Der angekündigte, hoffentlich auch für die Bürgerinnen und Bürger spürbar werdende Wirtschaftsaufschwung lässt durchaus darauf hoffen, dass die Steuereinnahmen in den kommenden Jahren noch vermehrt sprudeln werden. Potenzielle Neuzuzüger, vor allem im Glattpark, seien es natürliche oder juristische Personen, werden bei ihrem Entscheid für oder gegen Opfikon-Glattbrugg sicher auch Überlegungen über den Steuerfuss mit einfließen lassen.

Das Wort wird nicht weiter erwünscht.

In der Abstimmung wird der Antrag der RPK mit 32:0 Stimmen unterstützt.

In der Schlussabstimmung wird dem Voranschlag 2005 mit einem Steuerfuss von 88 % mit 32:0 zugestimmt.

Ratspräsident Erich Suter dankt für die speditive Arbeit und die hervorragende Vorbereitung des Geschäftes durch die RPK. Er wünscht allen frohe und besinnliche Festtage.

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

10. Voranschlag 2006 und Festsetzung des erforderlichen
Steuersatzes

F4.6.7

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 4. Oktober 2005 und der Rechnungsprüfungskommission vom 16. November 2005 und auf Art. 35 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Der Voranschlag der Stadt Opfikon für das Jahr 2006 wird - unter Berücksichtigung der vom Gemeinderat verabschiedeten Änderungen - genehmigt.
2. Für das Jahr 2006 wird eine Gemeindesteuer von 88 % der einfachen Staatssteuer von Fr. 43'750'000.-- erhoben.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat zum Vollzug
 - Schulpflege
 - Abteilungsleitende
 - Finanzverwaltung (3 Originale)
 - Stadtkanzlei

Für richtigen Auszug.
Der Ratssekretär:

A. Willi

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

Schluss der Sitzung

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Erich Suter macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 7. Dezember 2005

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:

A. Willi

SITZUNG VOM

5. Dezember 2005

Protokoll geprüft:

Datum:

Der Präsident:

.....

Die 1. Vizepräsidentin:

.....

Der 2. Vizepräsident:

.....